

dbb news

Einkommensrunde Landes- und Kommunalbeamte 2025/2026/ Nr. 3

Januar 2026

Einkommensrunde öffentlicher Dienst der Länder

Die TdL weiß nur, was sie nicht will!



dbb Bundesvorsitzender und Verhandlungsführer Volker Geyer

Die Arbeitgeberseite hat auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder kein abschlussfähiges Angebot vorgelegt. Auf die gewerkschaftlichen Forderungen ist sie – wie bereits in der ersten Runde – nicht ernsthaft eingegangen. Damit bleiben die Arbeitgeber bei ihrer Verweigerungshaltung und setzen auf Konfrontation, statt endlich Verantwortung zu übernehmen!

„Die gewerkschaftliche Forderung von 7 %, mindestens 300 Euro, ist vollkommen berechtigt“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer nach dem Abschluss der Verhandlungsrunde am 16. Januar 2026. „Dies gilt sowohl für Tarifbeschäftigte als auch für Beamtinnen und Beamte. Deshalb müssen wir unsere Erwartung auf Straßen und Plätzen noch deutlicher untermauern und in die Öffentlichkeit tragen – der Druck auf die Arbeitgeber muss jetzt erhöht werden!“

Anpassung der Beamtenbezüge ist verfassungsrechtlich geboten!

Die Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Dienst wird von Dienstherren und Politik immer wieder zum Ausdruck gebracht, wenn es um die Erfüllung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben unseres Gemeinwesens geht. Wenn dann jedoch die Frage der angemessenen Bezahlung und Besoldung gestellt wird – wie auch leider wieder diese Einkommensrunde zeigt – ist von dieser Wertschätzung nicht mehr viel zu spüren. Warme Worte ersetzen jedoch nicht die dringend gebotene Anpassung der Bezüge!

Der dbb fordert deshalb die zeitgleiche und systemkonforme Übertragung des ausgehandelten Ergebnisses auf Besoldung und Versorgung. Die Länder müssen damit einen Schritt hin zu einer verfassungskonformen Alimentation gehen, dem weitere lineare Anhebungen der Tabellenwerte, insbesondere des Grundgehalts folgen müssen, um anhand der konkreten Vorgaben des BVerfG zu einer tatsächlich verfassungskonformen, amtsangemessenen Alimentation zu kommen.



Berlin, 18.12.2025



Mecklenburg-Vorpommern, 16.12.2025



Hamburg, 17.12.2025



„Da dieses Ziel bislang keinesfalls erreicht ist, darf etwa eine zeitlich verzögerte oder verringerte Übertragung gar nicht erst in Erwägung gezogen werden, denn damit würde das Ausmaß der verfassungswidrigen Unteralimentation sogar noch vergrößert werden“, so der Fachvorstand Beamtenpolitik, Heini Schmitt.

Unterstützung der Aktionen durch Beamtinnen und Beamte ist unverzichtbar – denn nur gemeinsam sind wir stark!

Alle betroffenen Beamtinnen und Beamten – und auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger – müssen jetzt die Erwartung auf eine deutliche Linearanpassung zahlreich und lautstark zum Ausdruck bringen! Daher ist es notwendig, die vielfältigen Aktionen und Kundgebungen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften – im Rahmen des rechtlich Möglichen – bestmöglich zu unterstützen. Geyer: „Vor der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde muss unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass wir geschlossen für unsere berechtigten Forderungen eintreten. Den Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber bei Ländern und Kommunen werden wir deshalb deutlich erhöhen.“



Dabei gilt es jedoch zu beachten: Beamtinnen und Beamte haben kein Streikrecht!

Wie geht es weiter?

Die Tarifverhandlungen zum TV-L für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern sind am 15./16. Januar 2026 in Potsdam in ihre zweite Runde gegangen. Die entscheidende dritte Verhandlungsrunde ist vom 11. bis 13. Februar 2026 terminiert – spätestens hier gilt es, eine Einigung zu erzielen. Ein dort erzielter Tarifaabschluss muss dann von den Landesgesetzgebern so schnell wie möglich auf Besoldung und Versorgung übertragen werden. Gelingen kann dies jedoch nur, wenn alle Beamtinnen und Beamten und auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den kommenden Wochen die Einkommensrunde noch stärker als bisher durch zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen und Kundgebungen unterstützen.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten 41 kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb news** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**. Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!

